

Eröffnung des Tourismusgipfels 2011 durch Klaus Laepple

**Präsident des Bundesverbands
der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede (Montag, 17. Oktober 2011 14:00 Uhr)

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich Willkommen zum 15. Tourismusgipfel des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft. Ich freue mich sehr, einmal mehr so viele Teilnehmer hier im Hotel Adlon begrüßen zu dürfen, und mit Ihnen gemeinsam heute und morgen dieses kleine Jubiläum zu feiern.

2011 lief für die Branche bisher wirtschaftlich gut

Lassen Sie mich mit positiven Nachrichten beginnen: 2011 war bisher für unsere Branche wirtschaftlich gesehen ein gutes Jahr:

- ⇒ Deutschland steht bei Urlaubern und Geschäftsreisenden hoch im Kurs. Die Zahl der Übernachtungen stieg in den ersten acht Monaten insgesamt um drei Prozent. Besonders erfreulich war erneut die Entwicklung bei den Gästen aus dem Ausland, die sogar sechs Prozent häufiger übernachteten.
- ⇒ Die deutschen Flughäfen meldeten im gleichen Zeitraum ein Passagierplus von mehr als sechs Prozent.
- ⇒ Die Fluggesellschaften des Lufthansa-Konzerns haben in den ersten neun Monaten des Jahres gut acht Prozent mehr Fluggäste befördert.
- ⇒ Die Reiseveranstalter werden - so die erste Prognose für das Gesamtjahr 2011 - im mittleren einstelligen Prozentbereich über dem Vorjahr liegen. Die deutschen Küsten, Süddeutschland und das Mittelmeer waren im Sommer besonders gefragt. Im Ausland verzeichneten vor allem Spanien und die Türkei Zuwächse.
- ⇒ Die Deutsche Bahn verzeichnete im ersten Halbjahr 2011 mit 18,9 Milliarden Euro den höchsten Halbjahresumsatz in ihrer Geschichte.
- ⇒ Den höchsten Umsatzzuwachs in einem Halbjahr seit der Wiedervereinigung erreichte die Gastronomie in Deutschland.
- ⇒ Auch die Geschäftsreisen zogen weiter an und Deutschland ist nach wie vor Kongressland Nummer eins in Europa.

Viele offene Fragen

Trotz aller positiven Nachrichten stellt sich aber auch unserer Branche und unseren Kunden immer häufiger eine Frage: Wo geht es mit der Wirtschaft hin? Die nicht enden wollenden Hiobsnachrichten über Griechenland, die Diskussionen über die Zukunft des Euro und die Schlagzeilen über eine drohende Rezession führen zu erkennbarer Verunsicherung in der Bevölkerung. Kein Wunder, sind doch Expertendiskussionen rund um Eurobonds oder Haircuts für die meisten Bürger ein Buch mit sieben Siegeln. Da bleibt zu hoffen, dass nicht auch noch die Unternehmen unter den Rettungsschirm müssen.

Auch die lauter werdenden Rufe nach Steuererhöhungen in Deutschland drohen, zur Konjunkturbremse zu werden. Wir sind Teil der Gesamtwirtschaft, und als konjunkturabhängige Branche spüren wir besonders, wenn es nicht rund läuft. Wenn die Steuern tatsächlich erhöht werden, verlieren Bürger und Unternehmen Geld, das

sie auch nicht mehr für Privat- und Geschäftsreisen ausgeben können. Schwächt die Wirtschaft, sind wir sicher nicht die Ersten, die darunter zu leiden haben, denn Reisen werden meist Monate im Voraus gebucht. Aber die Bürger hinterfragen auch ihre Reisepläne, wenn die Arbeitsplätze nicht mehr so sicher sind oder das Nettogehalt schrumpft. Der Wachstumstrend unserer Branche hat sich glücklicherweise noch nicht umgekehrt. Allerdings ist unverkennbar, dass sich der Aufschwung in den letzten Wochen verlangsamt hat. Wir gehen vorsichtig optimistisch in die kommenden Monate, weil wir zum einen um die Reiselust der Bürger wissen, zum anderen aber die wirtschaftlichen Unsicherheiten nicht ausblenden können.

Politisches Verständnis für unsere Branche muss gestärkt werden

Die Tatsache, dass die Deutschen seit Jahren Reiseweltmeister sind und gleichzeitig immer mehr ausländische Touristen nach Deutschland kommen, sollte ganz besonders auch die Volksvertreter auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene freuen. Deutschland hat sich in den Köpfen ausländischer Gäste als attraktives und lohnendes Reiseziel verankert und sich ein positives Image erarbeitet. Das ist großartig und verdient Anerkennung, gerade auch gegenüber den touristischen Unternehmen und ihren Mitarbeitern - von Hotels über Verkehrsunternehmen bis hin zu den Marketingorganisationen. Sie alle tragen zum positiven Deutschlandbild bei. Sie sorgen für die schönsten Tage des Jahres. Und Sie unterstützen durch ihre Arbeit auch den kulturellen Austausch und die Völkerverständigung. Dazu aber später und morgen noch mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
weder Luftverkehrssteuer noch Bettensteuer passen in dieses Bild, denn sie zeugen nicht von großem Respekt gegenüber unserer Branche. Nicht einmal Umwelt und Kultur profitieren, obwohl dies die Begründung für diese Steuern war. Die einzigen Profiteure sind marode Staats- und Gemeindekassen.

Genau deshalb fehlt mir bisher auch der Glaube, dass es bei der vom Bundesverkehrsminister geforderten PKW-Maut anders werden sollte. Eine Zusatzabgabe für die Autofahrer - zumindest wenn sie nicht mit einer entsprechenden Steuerentlastung einhergeht - wäre nichts anderes als ein weiterer Stein, der der Mobilität und unserer Branche in den Weg gelegt wird. Gleiches gilt für die von einigen Bundesländern geforderte Bus-Maut.

Statt den Leistungen der Branche Rechnung zu tragen, bremsen die Politiker uns also gerne aus. Statt sich über den Erfolg der deutschen Tourismuswirtschaft und die damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen und Arbeitsmarkteffekte zu freuen, zieht Deutschland lieber immer häufiger den Stecker für den Nachtflug. Statt auf gerechte Wettbewerbsbedingungen hinzuarbeiten, nimmt man möglicherweise in Kauf, dass der Emissionshandel im Luftverkehr ein europäischer Alleingang wird - auch wenn es hier aktuell einige positive Signale für ein Umdenken gibt.

Die Entscheidung für eine Luftverkehrsteuer war im Endeffekt eine rein fiskalische. Nicht anders verhält es sich mit der Bettensteuer, die als Überkompensation für den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Übernachtungen erhalten muss. Auch aktionistische Vorhaben wie die Hygieneampel für Restaurants schaden unserer Branche und Deutschland als Tourismusstandort. Das positive Image, das sich Deutschland als Privat- und Geschäftsreiseziel aufgebaut hat, wird durch solche Entscheidungen in Frage gestellt. Kurzfristig ist vielleicht noch kein deutlicher Schaden spürbar. Aber die mittel- und langfristige Erosion ist gefährlich. Noch investieren ausländische Touristen und Deutsche gern in den Reisekonsum. Doch politische Entscheidungen, die den Reisepreis künstlich und ohne Not verteuern, sind ein fatales Signal. Die Bürger werden sich fragen, ob sie ihr hart verdientes Geld tatsächlich für Luftverkehrsabgaben, Bettensteuern, Bürokratie und Co. ausgeben wollen.

Tourismuswirtschaft nimmt Verantwortung gegenüber Verbrauchern ernst

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Viviane Reding wird in ihrer heutigen Rede sicher das Thema Verbraucherschutz ansprechen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eins deutlich sagen: Die Tourismuswirtschaft steht zu ihrer Verantwortung gegenüber den Verbrauchern. Als klassische Dienstleistungsbranche sind wir auf zufriedene Kunden angewiesen. Aber es kann nicht sein, dass immer mehr Bürokratie in Bereichen geschaffen wird, in denen der Verbraucher bereits geschützt ist. Um beispielsweise schwarze Schafe in Sachen Hygiene in der Gastronomie zu bestrafen, gibt es bereits ausreichende Gesetze und Sanktionen bis hin zur Betriebsschließung. Eine Hygieneampel für Restaurants, wie sie die Verbraucherminister planen, ist unnötig und unverhältnismäßig. Gastronomen drohen über Monate mit einer von der Bestnote abweichenden Bewertung gebrandmarkt zu werden, obwohl längst alle Mängel beseitigt sind. Die Zahl der Kontrolleure reicht schon heute nicht aus. Ein weiteres Gesetz wird die Situation nicht verbessern. Flächendeckende Kontrollen oder zeitnahe Nachkontrollen sind reine Utopie. Existenzen stehen auf dem Spiel!

Auch die zunehmenden Nachtflugverbote werden gern mit einer Art Verbraucher- bzw. Bürgerschutz, nämlich Lärmschutz begründet. Die Verhältnismäßigkeit wird auch hierbei gern missachtet. Es wird vergessen, dass es zum Lärmschutz ausreichende gesetzliche Vorgaben gibt. Es wird ignoriert, dass die Luftverkehrsunternehmen massiv in den Lärmschutz der Anwohner investieren. Deutschland muss eine Drehscheibe für den internationalen Luftverkehr bleiben. Das geht nicht, wenn Politik und Gerichte immer mehr Flughäfen nachts lahmlegen. Das Bundesverwaltungsgericht hat immerhin die wahnwitzige Idee vereitelt, dem neuen Hauptstadtflughafen abends um 22 Uhr zwangsweise die Lichter auszuschalten. In Köln-Bonn jedoch scheint die nordrhein-westfälische Landesregierung nur auf den richtigen Moment zu warten, die dort noch möglichen Passagiernachtflüge zu verbieten. Und ganz aktuell hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof entschieden, dass es am Frankfurter Flughafen vorerst keine Nachtflüge geben darf. Aus unserer Sicht ist das ein Unding. Die Maßnahmen stellen die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland in Frage. Die Bundesregierung hat sich in ihrem Flughafenkonzept ausdrücklich zum Nachtflug bekannt. Deshalb ist auch die Bundespolitik in dieser Frage gefordert. Sie steht in der Verantwortung!

Ein politisches Umdenken beim Umgang mit unserer Branche tut Not. Ich will hier nicht von Stolz, Lob oder Dankbarkeit reden. Aber wir brauchen endlich Vernunft in den Ansprüchen und ein Anerkennen unserer Branchenleistungen. Vielleicht tragen dazu ja die aktuellen Zahlen zum „Wirtschaftsfaktor Tourismus“ bei, die wir Anfang 2012 gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium veröffentlichen. Auch der Anfang des Jahres gegründete Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft wird sicherlich seinen Beitrag dazu leisten, dass unserer Branche noch ein Stück mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Insofern freue ich mich sehr auf die Rede zur Zukunft des Luftverkehrs von BDL-Präsident Klaus-Peter Siegloch.

Doch zunächst übergebe ich Podium und Mikrofon nun sehr gern an Ernst Burgbacher, uns allen wohlbekannt als Staatssekretär und Beauftragter der Bundesregierung für Mittelstand und Tourismus.